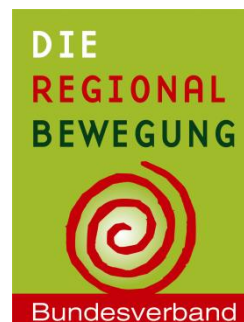


Wahlprüfsteine für die Bundestagswahl 2013



des Bundesverbandes der Regionalbewegung e.V.

Die Bundestagswahl 2013 steht vor der Tür. Wir haben für Sie sieben Parteien zu Themen der Regionalbewegung befragt:

- Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten
- Stärkung klein- und mittelständischer Strukturen
- Bundesprogramm Regionalvermarktung
- Berücksichtigung regionaler Akteure bei gesetzlichen Rahmenbedingungen
- Lebensmittelsicherheit
- Einbindung regionaler Versorger bei öffentlichen Ausschreibungen
- Kennzeichnung regionaler Lebensmittel

Anmerkung: Von den Freien Wählern haben wir bis zum Veröffentlichungstermin am 04.09.2013 keine Antwort erhalten.

DIE LINKE.

CDU



1. Welche Wege und Möglichkeiten sieht Ihre Partei, um regionale Wertschöpfungsketten zu stärken und eine wohnortnahe Nahversorgung zu gewährleisten?

CDU/CSU

Für CDU und CSU haben die Regionen und insbesondere die ländlichen Räume in der Bundespolitik einen herausgehobenen Stellenwert. Im Gegensatz zu rot-grün, die einseitig auf ein Metropolenkonzept setzen, haben wir die Dorferneuerung gestärkt und ein Städtebauprogramm für kleinere Städte im ländlichen Raum aufgelegt. Wir haben Anreize für die Niederlassung von Ärzten in ländlichen Regionen gesetzt, Modellprojekte, wie zum Beispiel LandZukunft, initiiert und die Förderung verlässlich ausgestaltet.

Auch im Regierungsprogramm 2013 bis 2017 haben CDU und CSU wieder einen Schwerpunkt auf die Regionen gesetzt. Wir wollen Heimat bewahren und gute Chancen für morgen schaffen. Dafür unterstützen CDU und CSU als erstes [...]: Die nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft, ein lebendiges Handwerk und einen gesunden Mittelstand. Unsere Initiativen reichen von einem mittelstandsfreundlichen Steuersystem, über den Erhalt des dreigliedrigen Bankensystems und der regionalen Banken bis hin zur Stärkung des dualen Ausbildungssystems, um die Fachkräfteversorgung vor Ort sicherzustellen. Wir garantieren eine verlässliche Förderung [...]. Die Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) wollen wir zu einem Förderinstrument für den ländlichen Raum ausbauen. Auch wollen wir verstärkt Regionalbudgets einsetzen und damit mehr Entscheidungen in die Hände der Menschen vor Ort legen. [...]

Besondere Chancen für neue regionale Wirtschaftskraft bietet die Energiewende. Wir wollen, dass die Wertschöpfung in den Regionen bleibt und fördern deshalb Gesamtkonzepte von Erzeugung, Vermarktung und Verbrauch in Bioenergieregionen.

Ein weiterer wichtiger Ansatzpunkt für Wertschöpfungsketten ist die Verbindung von Tourismus, Gastronomie, Natur- und Landschaftspflege sowie regionaler landwirtschaftlicher Produktion. In diesem Sinne werden CDU und CSU den ländlichen Raum als Ferienziel stärken und [...] offensiver bewerben.

CDU und CSU stehen für eine gute Infrastruktur in den ländlichen Regionen, die die Voraussetzung für die Bildung von Wertschöpfungsketten und die regionale Entwicklung ist. Das betrifft die Verkehrswege, aber heute ebenso die Versorgung mit Breitbandanschlüssen. Nachdem wir die Grundversorgung erreicht haben, wollen wir bis 2018 eine flächendeckende Ausstattung aller Regionen mit schnellem Internet.

CDU und CSU ist eine gute wohnortnahe Versorgung der Menschen wichtig. Deshalb werden wir weitere Anstrengungen unternehmen, ärztliche, gesundheitliche und pflegerische Dienstleistungen, Kinderbetreuung und Zugang zu Bildungseinrichtungen in allen Regionen sicherzustellen. Wir werden die Bürger unterstützen, regionale Initiativen zu ergreifen und zum Beispiel Dorfläden und Versorgungsstrukturen aufzubauen. Lebendige Regionen brauchen Vereine und ehrenamtliches Engagement. CDU und CSU unterstützen die Heimatkultur und das Ehrenamt. Die Bürger wollen wir auch in Entscheidungsprozesse einbinden, die sie und ihre Lebenssituation betreffen [...].

SPD

Wir werden Anreize für stärkere interkommunale Kooperation und Regionsbildung setzen, indem wir regionale integrierte Entwicklungskonzepte in der Wirtschafts- und Strukturförderung des Bundes zur Fördervoraussetzung machen und durch bessere Förderbedingungen belohnen. Unser Ziel ist es, Regionalbudgets zu schaffen – für einen gebündelten und zielgerichteten Fördermitteleinsatz im Rahmen regional angepasster integrierter Entwicklungsstrategien.

Dabei garantieren Mittelstand und Handwerk wirtschaftliche Stabilität und Nachhaltigkeit. Als kleine und mittlere Unternehmen sind sie flexibel, innovativ und ihrer Region stark verbunden. Gerade in Ostdeutschland prägen sie die regionalen Wirtschaftsstrukturen maßgeblich. Wir wollen die Rahmenbedingungen zur Entfaltung von Mittelstand, Selbstständigkeit und Existenzgründung verbessern.

Bündnis 90/Die Grünen

Wir GRÜNE haben ein besonderes Augenmerk auf die ländlichen Räume und wollen sie stärken. Unser Ansatzpunkt liegt darin, die Struktur einer Region so zu verbessern, dass sie aus sich heraus mehr Wertschöpfung produziert und dass diese Wertschöpfung auch in der Region bleibt. [...] Wirtschaftliche Aktivitäten in der Region und für die Region bieten eine Reihe von Ansatzpunkten, um ein Fundament für nachhaltiges Wachstum zu legen, Arbeitsplätze und Wohlstand zu schaffen und Perspektiven für nachfolgende Generationen zu eröffnen. [...] Deshalb wollen wir Unternehmensgründungen durch besseren Zugang zu Krediten und bessere Beratung erleichtern und Forschung/Entwicklung bei KMU durch eine Steuergutschrift von 15 Prozent auf die Aufwendungen fördern. Ebenso unterstützen wir solidarische Handelsnetze, Schulverpflegung aus der Region für die Region sowie Regionalgeldinitiativen, um die regionale Wertschöpfung zu fördern.

Wir GRÜNE wollen durch eine Anpassung verschiedener Rahmen- und Förderbedingungen Einkaufsmöglichkeiten, Bildung, Betreuung und Gesundheitsversorgung wieder in die Zentren der Dörfer und Kleinstädte holen und damit jungen wie alten Menschen eine echte Perspektive bieten. Wo nötig, werden wir mobile Versorgungssysteme und Onlinedienstleistungen, z.B. das „virtuelle Rathaus“ unterstützen. Unsere Politik für den ländlichen Raum will auch das zivilgesellschaftliche Engagement vor Ort stärken und gleichzeitig die Infrastruktur bereitstellen, um sich z.B. über Breitbandanschluss und öffentliche Verkehrsmittel/Fahrdienste mit dem Umland und der Welt zu verbinden. Dafür wollen wir u.a. mehr Mittel aus dem Europäischen Strukturfonds flexibel und bedarfsgerecht für eine integrierte ländliche Entwicklung zur Verfügung stellen.

Dorfläden, welche häufig durch engagierte, ehrenamtlich tätige BürgerInnen initiiert werden, können Versorgungslücken in ländlichen Räumen schließen. Hier gilt es, bürokratische und rechtliche Hürden abzubauen und bestehende Projekte wie beispielsweise die Initiative „DORV-Zentrum“ zu unterstützen. Mit kleinen Genossenschaften als Rechtsform und einer flexiblen Genehmigungspraxis der Länder können bestehende Dorfläden erhalten und neue leichter eröffnet werden. Um die Gründung von Dorfladeninitiativen zu erleichtern, sollte die Prüfungspflicht für kleine Genossenschaften mit marginalem Gewinn abgeschafft werden.

Die Linke

Die zweite Säule der EU-Agrarpolitik (ELER) kann ein Mittel sein, regionale Wertschöpfungsketten finanziell zu fördern; auch eine Reform der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur- und Küs-

tenschutz (GAK) sollte diskutiert werden, beispielsweise um weniger sektorale und mehr integrative Förderung erreichen zu können. Zum Beispiel könnten Dorfläden gefördert und regionales Marketing ermöglicht werden. Doch alle finanzielle Hilfe nützt nichts, wenn sie nicht nachhaltig ist und die geförderten Strukturen nicht lebensfähig sind.

Zwei Beispiele aus der Landwirtschaft, wie sich so etwas ändern ließe:

- Die Agrardieselsteuerrückerstattung sollte ersetzt werden durch die Förderung der Anschaffung von Traktoren und anderen landwirtschaftlichen Maschinen mit Pflanzenölbetrieb oder die entsprechende Umrüstung.[...] Die Wertschöpfung bliebe im Betrieb bzw. in der Region, anstatt dass aus Krisenregionen über tausende von Kilometern fossile Brennstoffe importiert werden müssen.
- Durch eine erhebliche Verkürzung der maximalen Dauer von Tiertransporten würde nicht nur Verkehr eingespart und Tierleid gemindert: Ein Netz von regionalen Schlachthöfen und entsprechenden Veredelungsbetrieben würde den Mittelstand und regionale Wertschöpfungsketten in der Lebensmittelwirtschaft stärken.

FDP

Regionale Wertschöpfungsketten haben in den letzten Jahren mehr und mehr an Bedeutung gewonnen. Die Verbraucher schätzen Produkte aus der Region.[...]

Vor diesem Hintergrund sehen wir keinen Anlass, von (bundes-)staatlicher Seite einzugreifen. [...]

Piratenpartei

Wir wollen eine leistungsfähige, regional angepasste Landwirtschaft, an der auch Kleinbetriebe gleichberechtigt teilnehmen können und die unter den Voraussetzungen von nachhaltigem Wirtschaften und ökologischem Verbraucherbewusstsein wettbewerbsfähig ist.

2. Wie wollen Sie gerade in der Lebensmittelproduktion und -vermarktung klein- und mittelständische Strukturen stärken, die die Versorgung ihres Umfeldes gewährleisten?

CDU/CSU

Bei der Umsetzung der EU-Agrarpolitik ab 2014 wollen wir zur Stärkung der klein- und mittelständischen Strukturen der bäuerlichen Landwirtschaft die ersten Hektare jedes Landwirtschaftsbetriebes künftig mit einem höheren Betrag an Direktzahlungen fördern. Dafür schlagen wir einen bundeseinheitlichen Zuschlag in Höhe von 50 Euro/ha für die ersten 15 Hektare und 30 Euro/ha für die nächsten 15 Hektare vor. In den naturbedingt benachteiligten Gebieten wollen wir eine zusätzliche Förderung von Grünland von etwa 40 Euro/ha gewähren. Das stärkt gerade die regional wirtschaftenden Betriebe. Über die zweite Säule der EU-Agrarpolitik und ihre nationale Umsetzung werden wir weiterhin verlässlich Direktvermarktung, regionale Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung fördern.

SPD

Wir begreifen Landwirtschaftspolitik über den klassischen Produktionsbereich hinaus als Politik für die ländlichen Räume. Wir wollen die Strukturpolitik stärker mit der Agrarförderung verzahnen, damit kleinere und mittlere Unternehmen ihre Innovationspotenziale besser nutzen können. Die Förderprogramme für den ländlichen Raum müssen gezielter als bisher ausgerichtet werden: für die Förderung von Mikrounternehmen, kleiner und mittelständischer Unternehmen sowie für kommunale Basisdienste und zur Erhaltung des Kultur- und Naturerbes.

Bündnis 90/Die Grünen

Regionale Erzeugnisse sind nicht nur im Wortsinn in aller Munde. Sie stehen in der Öffentlichkeit für Genuss und Geschmack. Gleichzeitig bieten sie den Konsumenten die Chance, mit ihrem Einkaufskorb Politik zu machen und regionale Wirtschaftskreisläufe zu unterstützen.

Leider wurde der ländliche Raum in den letzten Jahren zunehmend vernachlässigt. [...] Gemeinsam mit den Menschen vor Ort wollen wir die Rahmenbedingungen verändern, um eine bessere regionale Vernetzung, Verarbeitung und Vermarktung aufzubauen.

Genauso wie den ökologischen Landbau sehen wir auch die ökologische Lebensmittelwirtschaft als Leitbild für die Branche und wollen ihre Entwicklung verstärkt fördern. [...] Wir GRÜNE wollen erreichen, dass die heimische Landwirtschaft vom Bioboom profitiert und sich seine positiven Effekte in den ländlichen Regionen entfalten. In der Agrarforschung wollen wir einen starken Fokus auf die ökologische Landwirtschaft und zugehörige regionale Verwertungs- und Vermarktungsketten legen. Dazu planen wir, das Bundesprogramm Ökologischer Landbau weiter auszubauen.

Regionale und ökologische Lebensmittelerzeugung ist ohne verarbeitende Handwerksbetriebe nicht denkbar. Darum sollen die Modernisierung und der Aufbau von ökologischen Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen durch einen eigenen Förderschwerpunkt im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes gezielt gefördert werden.

Mit Hilfe von Fördermitteln und Regionalfonds können die verschiedenen AkteurInnen aus einer Region zusammenarbeiten und die Möglichkeiten ihrer Region gemeinsam stärken. Die Wertschöpfung wollen wir in der Region halten; etwa durch ein Regionalsiegel. Die Agrarzahlungen sollten an ökologische und soziale Leistungen geknüpft werden, beispielsweise Schaffung und Erhalt von Arbeitsplätzen oder regionale Wertschöpfung.

Die Linke

Mitunter fehlt es an Koordination: Es ist zum Beispiel nur schwer nachvollziehbar, weshalb Brandenburg so wenig zur Versorgung Berlins beiträgt. Daher wurde im rot-roten Koalitionsvertrag eine Brandenburger Agrarwirtschaftsinitiative vereinbart, die allerdings bisher nicht ausreichend umgesetzt wurde. In den Regionen müssen Beratungsstellen geschaffen werden. Als ökonomischer Anreiz ist eine Verteuerung von Transporten unerlässlich. Nicht zu unterschätzen ist kulturelle Prägung durch Imagebildung. Die ganze Gesellschaft kann und sollte dazu beitragen, dass regionale Produkte prinzipiell ein höheres Prestige bekommen, ihr Konsum „in“ ist.

FDP

Die christlich-liberale-Koalition hat in dieser Legislaturperiode das sogenannte Regionalfenster initiiert. Für den Verbraucher ist die Frage nach der Regionalität eines Lebensmittels oft wichtiger, als etwa die Frage, ob es sich um Bioprodukte oder konventionelle Produktion handelt. Die zurzeit herrschende Inflation der Regionalsiegel in den Bundesländern stiftet bei den Verbrauchern eher Verwirrung als Orientierung. Hier kann das Regionalfenster einen einheitlichen Rahmen schaffen.

Piratenpartei

Zwar gibt es hierzu keine bundespolitische Beschlusslage, aber die PIRATEN Bayern haben dazu beschlossen: "Wir Piraten sind der Meinung, dass nachhaltig produziert werden soll, ohne Raubbau an der Natur und am Menschen. Daher halten wir es auch für sinnvoll, die Verteilung der Subventionen neu zu bewerten. Wir wollen weg von der Förderung der Großunternehmen, welche billige Massenware auf Kosten der Umwelt und Importländer produzieren. Exporte von überschüssigen Agrarprodukten sollen nicht mehr bezuschusst werden, da hierdurch die lokale Erzeugungsstruktur zerstört wird."

3. Sehen Sie die Notwendigkeit der Schaffung eines eigenen Bundesprogramms zur Förderung der Regionalvermarktung? Wenn ja, wie soll dieses ausgestaltet werden?

CDU/CSU

Ja, CDU und CSU haben sich in ihrem Regierungsprogramm klar positioniert: Wir werden ein Bundesregionalprogramm starten, mit dem wir Transparenz beim Einkauf regionaler Lebensmittel schaffen. Die Stärkung der regionalen Märkte ist CDU und CSU besonders wichtig. Wir sehen hier große Chancen, denn Regionalität wird den Menschen immer wichtiger. Verbraucher vertrauen in regionale Produkte, mit ihnen kann zusätzliches Potential für die Wertschöpfung vor Ort erschlossen werden. Die Ausgestaltung unseres Bundesregionalprogramms werden wir zusammen mit den an der Regionalentwicklung beteiligten Verbänden ausarbeiten.

SPD

Die Nachfrage der Verbraucherinnen und Verbraucher nach regionalen Lebensmitteln steigt. Diesen Zukunftsmarkt wollen wir durch ein Bundesprogramm Regionalvermarktung unterstützen und damit Regionalvermarktungsstrategien und lokale Wertschöpfung stärken. Dazu gehört die Entwicklung und Bekanntmachung von glaubwürdigen Vermarktungskonzepten für regionale Produkte und Dienstleistungen (z.B. in der Gastronomie) mittels einer Kennzeichnung („Regionalsiegel“). Wir wollen eine Regionalkennzeichnung, die es den vielen guten Initiativen vor Ort ermöglicht, ihren Anspruch zu transportieren. Dazu müssen die Regionalprodukte dem Anspruch der Verbraucherinnen und Verbraucher auf Qualität genügen, z.B. durch Verzicht auf Gentechnik in den Futtermitteln oder auch die Einhaltung von Tierschutzstandards. Die Regionalkennzeichnung sollte mit Hilfe des Bundesprogramms bei Verbraucherinnen und Verbrauchern bekannt gemacht werden.

Das Bundesprogramm soll u.a. die Bekanntmachung von best-practice-Beispielen, die Weiterbildung mittels Experten-Hearings bzw. Workshops mit führenden Vertretern aller interessierten und zu involvierenden Wirtschafts- und Gesellschaftsbereiche, den Erfahrungsaustausch und

Wissenstransfer zwischen den Projekten und Akteuren in der Regionalvermarktung, die Entwicklung und Durchführung eines modularen Qualifizierungsprogramms für Fach- und Führungskräfte in der Regionalvermarktung sowie die Erprobung strategischer Steuerungsinstrumente im regionalen Marketingmanagement ermöglichen. Zudem sollten damit auch Beratungsleistungen und Forschungsprojekte finanziert werden.

Bündnis 90/Die Grünen

Ja, wir sehen die Notwendigkeit, in Anlehnung an das von Renate Künast eingeführte Bundesprogramm Ökologischer Landbau (BÖL) ein Bundesprogramm Regionalvermarktung zu schaffen, für das wir im Haushalt des BMELV jährlich fünf Millionen Euro zur Verfügung stellen wollen. Mit diesem Bundesprogramm wollen wir die bundesweite Vernetzung von Regionalvermarktungsinitiativen voranbringen und den Best-Practice-Austausch unterstützen. Um den Absatz von Regionalprodukten auch über geförderte Projekt-Phasen hinaus dauerhaft zu sichern, sollen umfassende Verbraucherinformationskonzepte entwickelt und umgesetzt werden, mit denen die besonderen Stärken regionaler Qualitätsprodukte vermittelt werden.

Die Linke

Ja. Ein solches Bundesprogramm ist notwendig. Äquivalent könnte auch im Rahmen der GAK bspw. die Regionalvermarktung vom Bund gefördert werden. Die Länder und Kommunen dürfen mit dieser Aufgabe nicht allein gelassen werden. Der Bund ist nach Artikel 72 des Grundgesetzes verpflichtet für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen der Bundesrepublik zu sorgen.

FDP

Regionale Wertschöpfungsketten haben in den letzten Jahren mehr und mehr an Bedeutung gewonnen. [...] Vieles spricht dafür, dass sich dieser Trend nicht nur stabil halten, sondern möglicherweise noch verstärken wird. Zuweilen höhere Preise der Produkte aus regionalen Wertschöpfungsketten nehmen die Verbraucher bewusst in Kauf; die in den letzten Jahren wieder spürbar steigenden verfügbaren Einkommen erleichtern ihnen diese Kaufentscheidungen. [...]

Wir sehen keinen Anlass, von (bundes-)staatlicher Seite einzugreifen. Ein Bundesprogramm zur Förderung der Regionalvermarktung lehnen wir ab, ebenso wie gesetzliche oder andere Vorschriften, die regionale Akteure begünstigen. [...]

Piratenpartei

Wir Piraten wollen die Vernetzung aller Beteiligten fördern. Ein Netzwerk zur Stärkung der Regionalvermarktung kann dann sinnvoll sein, wenn hierbei eine branchenübergreifende Vernetzung stattfindet. [...]

Der Synergieeffekt eines Netzwerkes regionaler Akteure kann dazu beitragen, dass die Interessen dieser gegenüber nationalen oder multinationalen Anbietern gestärkt werden. Durch den Aufbau gemeinsamer Strukturen wie beispielsweise in den Bereichen Forschung/Entwicklung und Regionalmarketing ist zu erreichen, dass Erkenntnisse allen Beteiligten zugute kommen.

Netzwerkstrukturen stärken die beteiligten Akteure nachhaltig, wodurch sie sich auch gegenüber dem Verbraucher positiv positionieren können.

Es sollten dafür verschiedene Arbeitsgruppen gebildet werden, beispielsweise auf den bereits genannten Ebenen F/E und Marketing, zudem Nachhaltigkeit, Energieeffizienz etc. Weiterhin vorstellbar sind AGs zu konkreten Themen, wie gentechnikfreier Anbau von Pflanzen. Je nach Branche können so verschiedene Expertisen eingebracht werden, von denen alle Mitglieder des Netzwerkes profitieren können.

Ob dies zentralistisch vom Bund her oder besser auch auf regionaler Basis organisiert werden soll, müssen die Beteiligten selbst entscheiden können.

4. Wie können gesetzliche Rahmenbedingungen und Vorschriften so gestaltet werden, dass regional agierende Akteure und deren Bedürfnisse stärker berücksichtigt werden?

CDU/CSU

CDU und CSU sehen Förderung und Vernetzung als den erfolgversprechendsten Weg zur Stärkung der regionalen Wirtschaft und regionaler Initiativen an. Diese Maßnahmen stehen für uns deshalb im Vordergrund.

SPD

Wichtig sind neue Entwicklungsimpulse für unsere ländlichen Räume. Die Mittel müssen wirksamer werden, indem sie eine breitere Palette an wirtschaftlichen Impulsen für den ländlichen Raum fördern: regionale Veredelungswirtschaft, Handwerk, Tourismus, Gesundheitswesen und Dienstleistungen. Regionalvermarktungsstrategien werden dabei von uns gestärkt. Die Fördermittel müssen dazu beitragen, die immer noch zu hohen Umweltschäden durch Teile der Landwirtschaft, Gewässer- und Luftbelastungen, Artenschwund und Bodenbeeinträchtigungen zu mindern. Mittelfristig treten wir dafür ein, dass die sogenannte „erste Säule“ der pauschalen Agrarsubventionen bis auf einen kleinen Sockelbetrag abgeschmolzen und in die „zweite Säule“ zur Stärkung und Wiederbelebung des ländlichen Raums umgeschichtet wird.

Bündnis 90/Die Grünen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN planen eine Reihe von Reformen, um diese Ziele zu erreichen. Wir wollen durch den Ausbau von Kitas und Ganztagschulen, aber auch weiterer Bildungs- und Kulturangebote die Voraussetzungen schaffen, damit junge Familie sich für ein Leben im ländlichen Raum entscheiden können und wollen. Auch wollen wir die Länder für eine Überwindung des Kooperationsverbots gewinnen, um im Bildungsbereich eine flexiblere regionale Zusammenarbeit unabhängig von Ländergrenzen zu ermöglichen. In der beruflichen Bildung wollen wir das grüne Modell „DualPlus“ umsetzen, damit ein breites und gutes regionales Ausbildungsangebot aufrechterhalten werden kann.

Die Telekommunikationsunternehmen wollen wir verpflichten, eine Basisversorgung mit schnellen Internetanschlüssen für jeden Haushalt bereitzustellen (Universaldienstverpflichtung). Auch

die Mobilität im ländlichen Raum muss auf neue, angepasste Füße gestellt werden, entsprechend dem tatsächlichen Bedarf.

Im Gesundheitsbereich streben wir eine koordinierte Versorgungsplanung und die Aufwertung nichtärztlicher Gesundheitsberufe in der Primärversorgung an, außerdem die bessere Förderung altersgerechter Umbauten. Jugendliche und Kulturschaffende möchten wir durch die Aufstockung des Fonds Soziokultur und die Schaffung eines Bundesprogramms „Jugendkultur Jetzt!“ stärken. Durch zentrale Anlaufstellen auf Gemeinde- oder Kreisebene wollen wir ehrenamtliches Engagement in den Regionen stärken.

Außerdem beabsichtigen wir Verbesserungen bei der Raumplanung, beim Bau- und Genossenschaftsrecht und eine verstärkte Regionalisierung bei der Vergabe von Fördermitteln. Die Mittelvergabe soll in Zukunft vorrangig über Regionalbudgets und -fonds erfolgen. Die Kommunen in strukturschwachen Regionen wollen wir durch verschiedene Maßnahmen finanziell unterstützen, u.a. durch eine Entlastung bei den sozialen Pflichtleistungen, eine Mindestfinanzausstattung, einen Mehrbelastungsausgleich und Reformen bei Grund- und Gewerbesteuer.

Die GAK wollen wir umstrukturieren zu einer Gemeinschaftsaufgabe für die ländliche Entwicklung mit den Schwerpunkten ökologische Wettbewerbsfähigkeit, nachhaltige ländliche Entwicklung und Küstenschutz. Die nachhaltige, bäuerliche Landwirtschaft wollen wir fördern nach dem Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Güter“ bei allen Agrarzahlungen. In diesem Sinne werden wir uns für die Umschichtung von 15% der Finanzmittel aus der ersten in die zweite Säule einsetzen. Die öffentliche Hand sollte durch regionale und ökologische Beschaffung für Kantinen, Schulen und Kitas mit gutem Beispiel voran gehen. Die Vermarktung regionaler Produkte wollen wir durch eine klare Kennzeichnung für regionale und tiergerecht erzeugte Produkte und ein Verbot irreführender Werbung stärken.

Die Linke

Zusätzliche nationale Regeln und Gesetze sind unerlässlich, auch um die regionale Wirtschaft gegenüber den großen Lebensmittelkonzernen mit ihrem weitgehend unterschiedslosen Sortiment zu schützen. Ausdifferenzierte Vorgaben stärken die Lebensmittelvielfalt, die Wirtschaft vor Ort und die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher. Zudem ist auch eine Eingrenzung der anonymen globalen Warenströme für mehr Lebensmittelsicherheit erforderlich. Das hat nicht zuletzt der Pferdefleisch-Skandal gezeigt.

FDP

[...] Wirtschaftspolitik, wie wir sie verstehen, wirkt nicht zugunsten einzelner Branchen, sondern quer durch alle Branchen. Darum sind wir dafür, dass Unternehmensgründungen erleichtert werden, dass Steuern möglichst niedrig und einfach ausfallen und dass bürokratische Belastungen stets so gering wie möglich gehalten werden. Wie die Erfahrung lehrt, ist damit gerade kleinen und mittleren Unternehmen am besten geholfen.

Piratenpartei

Die Stärkung regional agierender Akteure erfordert in erster Linie ein Zusammenwirken aller Beteiligten. Neben den Landwirten und deren Verbänden gehören dazu auch der Lebensmittelhandel, Qualitätssiegel, Naturschutz- und Tierschutzverbände, aber auch die Vertreter der Politik und die Verbraucher. Wir wollen entsprechende Netzwerke transparent aufbauen und pflegen, in denen die Bedingungen, Möglichkeiten und deren Umsetzung gemeinsam ausgehandelt werden.

Die Wirtschaftspolitik der Piratenpartei basiert auf einem humanistischen Menschenbild und ist bestimmt von Freiheit, Transparenz und gerechter Teilhabe. Auf diesem Fundament stehen unsere Konzepte für eine freiheitliche und soziale Wirtschaftsordnung, deren Ziel die selbstbestimmte Entfaltung und das Wohlergehen aller Menschen ist.

5. Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, gerade bei der Lebensmittelsicherheit die Vorschriften zukünftig so zu gestalten, dass sie nicht nur die zunehmende Industrialisierung in der Landwirtschaft begünstigen?

CDU/CSU

In der Lebensmittelsicherheit darf es keine Abstriche geben – das gilt von der regionalen Erzeugung bis hin zu Importlebensmitteln. CDU und CSU stehen aber für den Grundsatz, dass alle Maßnahmen zur Gewährleistung der Lebensmittelsicherheit konsequent entlang der gesamten Lebensmittelkette durchgeführt werden müssen und die Rückverfolgbarkeit gewährleistet sein muss. Deshalb sind regionale Lebensmittel hier klar im Vorteil, da sie in einem übersichtlicheren Prozess erzeugt sind als global verarbeitete und gehandelte. Regionale Kreisläufe und Herstellungsprozesse sind gut nachverfolgbar und geben Sicherheit.

SPD

Lebensmittel müssen in jedem Fall den Sicherheitserfordernissen genügen. Die Vorschriften der Lebensmittelsicherheit sind daher kein geeignetes Instrument, um etwa regionale Angebote zu begünstigen. Dies wird durch das Vertrauen von Verbrauchern und Kunden in einen regional tätigen Anbieter erreicht. Zugleich sind solche regionalen Unternehmen darauf angewiesen, durch entsprechende Sorgfalt für ein positives Bild des Unternehmens in der jeweiligen Absatzregion zu sorgen.

Die SPD möchte zudem eine lückenlose und stufenübergreifende Rückverfolgbarkeit von Lebensmitteln gesetzlich regeln. Die gesamte Kette muss vom Ende her bis zum Anfang nachvollziehbar sein. Jeweils der am Ende der Kette stehende sollte dabei für die Rückverfolgbarkeit der vorangegangenen Stufen verantwortlich sein. Dies würde es nicht nur Betrügnern erschweren, die Herkunft von Lebensmitteln zu verschleiern, sondern auch „kurze Wege“ und regionale Produkte begünstigen, da die Dokumentationspflichten mit der Länge des Weges zunehmen. Die rechtliche Grundlage hierfür ist mit der EU-Verordnung 178/2002 gegeben, allein an der Umsetzung durch die Bundesregierung hapert es bisher.

Bündnis 90/Die Grünen

Nationale und europäische Standardsetzungen sind zwar häufig sinnvoll für Großunternehmen. Für kleine regionale Betriebe sind sie jedoch oftmals überzogen. So kommt es bei der Umsetzung der EU-Hygiene-Verordnung beispielsweise zu Auflagen durch die Landesbehörden, die auf große, industriell ausgerichtete und überregional vermarktende Schlachthöfe ausgelegt sind. Kleine Metzgereien und Direktvermarkter werden dadurch zur Aufgabe gezwungen. Der damit einhergehende Strukturwandel schadet der regionalen Wertschöpfung. Wir GRÜNE treten dafür ein, dass – unter Beibehaltung eines wirkungsvollen Verbraucher- und Umweltschutzes – bei der Umsetzung von Standards den besonderen Bedingungen von KMU Rechnung getragen wird.

Die Linke

Leider wird den strukturellen Risiken in der Lebensmittelkette zu wenig Bedeutung geschenkt. Extrem niedrige Preise in der Warenkette und im Einzelhandel müssten bei der amtlichen Kontrolle eine höhere Aufmerksamkeit zur Folge haben. Zudem bergen internationale Lieferwege in der industriellen Verarbeitung von Lebensmitteln mit ihren oft anonymen Strukturen höhere Risiken als die Verarbeitung regionaler Erzeugnisse. Es fehlt an einer personell und materiell gut ausgestatteten Lebensmittelkontrolle. Das derzeitige System wird den globalisierten Handelsströmen nicht mehr gerecht. Die betrieblichen Zertifizierungssysteme funktionieren nicht entlang der gesamten Lebensmittelkette. Lebensmittelkontrolleurinnen und -kontrolleure erhalten keinen Zugang zu den Daten der Eigenkontrollen der Unternehmen. Hier muss sich zugunsten der regionalen Erzeugung einiges ändern.

FDP

Wir Liberale sind der Auffassung, dass es sich bei der Lebensmittelkontrolle um eine hoheitliche Aufgabe des Staates handelt, die entsprechend effizient gestaltet und mit hinreichenden Ressourcen ausgestattet sein muss. Hierbei sind in erster Linie die Länder gefragt, die ihnen nach der föderalen Aufgabenstruktur zufallenden Aufgaben auch ausreichend zu erfüllen. Notwendig sind die Einführung bundesweiter Standards für die Lebensmittelkontrolle, die Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften und ein verbesserter Austausch zwischen den Ländern. Bei Verstößen gegen das Lebensmittelrecht ist von den bestehenden Sanktionsmöglichkeiten umfassend Gebrauch zu machen. Wir werden diese Instrumente auf ihre Wirksamkeit hin überprüfen. Zudem wollen wir die bestehende Struktur der amtlichen Kontrolle durch Bundesland übergreifende Spezialeinheiten insbesondere für den Großhandel ergänzen. Durch produkt-, branchen- und unternehmensspezifischen Sachverstand könnten so Effizienz und Effektivität von Kontrollen gestärkt und Kommunen entlastet werden.

Piratenpartei

Wir fordern die vollständige Anzeige sämtlicher hinzugefügter Inhaltsstoffe in Lebensmitteln. Diese müssen sowohl auf der Verpackung, als auch im Internet frei einsehbar sein. [...]

So wollen wir beispielsweise nicht nur die Herkunft und Produktionsweise von unverarbeiteten Lebensmitteln dokumentiert und veröffentlicht sehen. Auch bei verarbeiteten Lebensmitteln

muss sichtbar sein, woher sie kommen und wie sie erstellt wurden. Explizit beschlossen wurde dies in der Frage, welche Herkunft Eier in verarbeiteten Lebensmitteln haben.

Zudem wollen wir erreichen, dass die landwirtschaftlichen Betriebe nicht wie bisher unter dem Preisdruck der Lebensmittelkonzerne und der verarbeitenden Industrie stehen. Wir wollen keine Landwirtschaftspolitik, die ausschließlich auf Wachstum abzielt, dabei aber weder die Nachhaltigkeit noch den Verbraucherwillen berücksichtigt.

6. Welche gesetzlichen Schritte braucht es aus Ihrer Sicht, dass zukünftig bei öffentlichen Ausschreibungen der Aspekt einer regionalen Versorgung rechtsverbindlicher Bestandteil sein kann?

CDU/CSU

Soziale, umweltbezogene und innovative Aspekte können bei Ausschreibungen Berücksichtigung finden. Das hat die von CDU und CSU geführte Bundesregierung bei der Reform des Vergaberecht 2009 so festgeschrieben. Die Vorschriften gelten für Vergabeverfahren ab Erreichen der EU-Schwellenwerte. Unterhalb dieser Schwellenwerte sieht die Vergabe- und Vertragsordnung vor, dass Umwelteigenschaften als Zuschlagkriterium berücksichtigt werden können. In diesem Kontext können natürlich auch regionale Aspekte einbezogen werden. Da CDU und CSU eine nachhaltige Beschaffung sehr am Herzen liegt, hat die Bundesregierung 2010 im Beschaffungamt des Bundesministeriums des Inneren eine Kompetenzstelle für nachhaltige Beschaffung und die Plattform www.nachhaltige-beschaffung.info eingerichtet, die den Beschaffungsstellen von Bund, Ländern und Kommunen die notwendigen Informationen bietet. Zudem gibt es die Möglichkeit der sogenannten beschränkten Ausschreibung ohne Teilnehmerwettbewerb. Hier können geeignete Unternehmen zur Angebotsaufgabe aufgefordert werden. Es gibt also vielfältige Möglichkeiten, regionale Versorgung im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit zu berücksichtigen. Es kommt nun darauf an, das Bewusstsein, bei denjenigen, die für Ausschreibungen und Beschaffung zuständig sind, zu schärfen.

SPD

Wir haben in den letzten Monaten als Teil einer breiten Bewegung vor allem gegen die drohende Ausschreibungspflicht von kommunalen Dienstleistungen im Bereich der Wasserversorgung gekämpft und sind am Ende erfolgreich gewesen.

Der Staat muss darüber hinaus als Auftraggeber der Wirtschaft neue Standards setzen. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass soziale und ökologische Kriterien – u.a. Tariftreue – bei der Anwendung des Vergaberechts Berücksichtigung finden. Wir wollen, dass die öffentliche Hand ausreichend personelle und inhaltliche Kompetenzen behält, damit kein Zwang zur Privatisierung und Auslagerung an private Anbieter entsteht.

Das Vergaberecht ist im Übrigen jedoch in verschiedenen Regelungsbereichen niedergelegt und unterliegt z.T. auch unabweisbarem EU-Recht. Inwieweit sich auch regionalspezifische Aspekte stärker als bisher verankern lassen, lässt sich derzeit nicht genau sagen.

Bündnis 90/Die Grünen

Wir GRÜNE wollen ein Vergaberecht, das transparent, bürokratiearm und rechtssicher ist, um kleinen und mittelständischen Unternehmen möglichst wenig Schranken im Vergabeverfahren in den Weg zu stellen. Auf der anderen Seite wollen wir den Gemeinden mehr Praxishilfen, Beratung und Service anbieten, damit sie ihren Handlungsspielraum besser nutzen können. Ökologisch und sozial erzeugte Produkte sollten dabei gestärkt werden, zum Beispiel durch Wirtschaften in regionalen Kreisläufen. Vielen Kommunen ist dabei nicht bewusst, dass die Ortsnähe ein leistungsbezogenes Kriterium für die Vergabe sein kann. Hier sind entsprechende Anreize in den Förderprogrammen und eine Beratung der verantwortlichen Behörden und Gremien notwendig.

Die Linke

Ganz klar: eine entsprechende Regelung im Vergaberecht. Dazu müsste auch die EU-Dienstleistungsrichtlinie geändert werden.

FDP

[...] Ein Bundesprogramm zur Förderung der Regionalvermarktung lehnen wir ab, ebenso wie gesetzliche oder andere Vorschriften, die regionale Akteure begünstigen oder ihnen bei öffentlichen Ausschreibungen Vorteile gegenüber anderen einräumen. [...]

Piratenpartei

Landkreise und politischen Gemeinden sollen ihre Haushalte, die Protokolle ihrer öffentlichen Rats- und Ausschusssitzungen, sowie öffentliche Ausschreibungen im Internet auf ihrer Website – an herausgehobener Stelle – und im Mitteilungsblatt veröffentlichen. Darüber hinaus soll auf den Websites ein Archiv für diese Dokumente vorgehalten werden. So wird öffentlich dokumentiert, wie wann welche Entscheidungen getroffen wurden.

Es spricht auch nichts dagegen, regionale Anbieter zu bevorzugen, solange bestimmte Auftragsgrenzen nicht überschritten sind. Hier kann durch kleinteilige Auftragsvergabe dafür gesorgt werden, den lokalen Anbietern eine berechtigte Chance zu eröffnen.

7. Wie kann bzw. muss aus Sicht Ihrer Partei eine glaubwürdige Kennzeichnung regionaler Lebensmittel aussehen?

CDU/CSU

CDU und CSU wollen, dass Verbraucher wissen, aus welcher Region ein Produkt kommt. Das haben wir so im Regierungsprogramm 2013 bis 2017 festgeschrieben. Unser Ziel sind sowohl eine verbindliche Herkunftskennzeichnung auf der einen als auch freiwillige, zuverlässige und transparente Kennzeichnungen für regionale Produkte auf der anderen Seite. Dabei unterstützen wir glaubwürdige Regionalvermarktungsinitiativen und Regionalmarken wie auch das Regionalfenster.

Im Einzelnen:

- Wir setzen uns für eine europaweit verpflichtende Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln, insbesondere von Fleischerzeugnissen, ein.
- Über die Programme zur Förderung des ländlichen Raums und der Gemeinschaftsaufgaben unterstützen wir Regionalvermarktungsinitiativen. Mit einem glaubwürdigen Kriterienkatalog sind Regionalzeichen eine tragende Säule der Kennzeichnung regionaler Produkte.
- Auch werden wir das von der Bundesregierung initiierte „Regionalfenster“ für die Lebensmittelpackung bundesweit einführen bzw. seine Verbreitung unterstützen. In dem Fenster können die Herkünfte der Lebensmittelzutaten auch in verarbeiteten Lebensmitteln glaubhaft und verlässlich kenntlich gemacht werden. Neben der Region werden in dem Regionalfenster immer die Herkunft der Hauptzutaten und der Verarbeitungsort genannt. Darüber hinaus können die Hersteller zusätzliche Angaben zu weiteren Zutaten oder auch zur Herkunft der Futtermittel machen. Das Regionalfenster ist mit einem mehrstufigen Kontrollsystem verbunden.

SPD

Im Bundeshaushalt für 2013 haben wir ein Bundesprogramm Regionalvermarktung gefordert. Zudem treten wir für einen gesetzlichen Schutz der Bezeichnung „regional“ ein. Definitionen wie „kleiner als Deutschland und größer als eine Kommune“ reichen hier nicht aus, insbesondere, wenn es nur um die Hauptzutat geht. Dagegen hat sich das Regionalfenster der Bundesregierung als eine Mogelpackung herausgestellt: Denn Milch aus Holland hätte auch eine Molkerei aus Mecklenburg-Vorpommern unter dem Siegel „von der Küste“ als regional kennzeichnen können. Dies dient nicht zu Letzt auch der Glaubwürdigkeit des im Rahmen des Bundesprogramms Regionalvermarktung zu schaffenden Siegels. Wie schwammig und unkonkret die dagegen CDU/CSU und FDP vorgehen, lässt sich im einzelnen auf der Bundestags-Drucksache 17/9011 nachlesen: Dort finden sich Antworten auf entsprechende Fragen der SPD zur Frage der Kennzeichnung von regionalen Produkten.

Bündnis 90/Die Grünen

Eine glaubwürdige Kennzeichnung regionaler Lebensmittel verlangt aus grüner Sicht einen überprüfbaren Standard und eine verpflichtende Herkunftsbezeichnung. Nur so können Verbraucherinnen und Verbraucher echte Regionalmarken von Pseudoregionalität unterscheiden. Unlautere „Regional“-Werbung muss unterbunden werden. Das „Regionalfenster“ bietet zwar zusätzliche, verlässliche Informationen, aber durch seine Freiwilligkeit keine Lösung für das Problem Etikettenschwindel und Verbrauchertäuschung.

Wir GRÜNE wollen, dass diesem Missbrauch ein Riegel vorgeschoben wird. Darum setzen wir uns für die Entwicklung eines Gütesiegels für Regionalvermarktungsinitiativen ein, mit dem die KonsumentInnen glaubwürdige regionale Vermarktungssysteme mit überprüfbaren Kriterien- und Kontrollsystemen erkennen können.

Die Linke

Es gibt bereits heute Regionalsiegel, die von den Verbraucherinnen und Verbrauchern akzeptiert und bei der Auswahl von Produkten berücksichtigt werden. DIE LINKE begrüßt das Regionalfenster als ersten Schritt für eine Kennzeichnung von Lebensmitteln aus regionaler Erzeugung. Allerdings ist das derzeitige Konzept zu schwach und unkonkret. So fehlen zum Beispiel Qualitätsangaben und staatliche Kontrolle. Bei echter regionaler Erzeugung und Vermarktung müssen umliegende Landwirtschaftsbetriebe und das örtliche Lebensmittelhandwerk im Mittelpunkt stehen. Das muss bei einer Regionalkennzeichnung deutlich werden.

Die Erzeugungskette von Lebensmitteln sollte vollständig nachvollzogen werden können. So spricht sich DIE LINKE dafür aus, Herkunftsangaben für Fleisch auch auf verarbeitete Produkte auszuweiten. [...] Mit Hilfe eines „Tracking-Codes“, wie ihn einzelne Unternehmen bereits anbieten, können wichtige Informationen zur Verfügung gestellt werden. DIE LINKE fordert darüber hinaus einen „Reisepass für Lebensmittel“. Damit wird klar erkennbar, wenn Rohstoffe Tausende von Kilometern durch Europa gereist sind. Wir fordern eine unverzügliche und umfassende Information der Verbraucherinnen und Verbraucher bei konkreten Verdachtsfällen auf Lebensmittelbetrug. Darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass Verbraucheranfragen nach dem Verbraucherinformationsgesetz kostenfrei und ohne Widerspruch der Unternehmen erfolgen. Darüber hinaus kann es künftig sinnvoll sein, den ökologischen Fußabdruck eines Produkts auszuweisen.

FDP

Die FDP begrüßt die Prüfung der EU-Kommission, ob und in welchem Umfang die bereits bestehenden Verpflichtungen zur Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln und ggf. auch ihrer Zutaten ergänzt werden soll. Die Folgenabschätzungen zu Milch und Milch als Zutat zu Milchprodukten sollen bis Ende 2014 abgeschlossen sein. Die Folgenabschätzungen müssen den gesetzlichen Regelungen vorgeschaltet werden, denn damit wird geprüft, welche Verpflichtungen mit welchem Aufwand verbunden sind. Nur so kann auf der einen Seite dem Verbraucherinteresse nach mehr Information über die Herkunft von Lebensmitteln ebenso Rechnung getragen werden, wie auf der anderen Seite den potentiellen wirtschaftlichen Auswirkungen solcher Verpflichtungen auf die Unternehmen. Der Europäische Gesetzgeber muss erst prüfen, "ob die Beibringung der verpflichtenden Angabe des Ursprungslands oder des Herkunftsorts praktikabel ist". Auch muss "eine Analyse der Kosten und des Nutzens der Einführung solcher Maßnahmen einschließlich der rechtlichen Auswirkungen auf den Binnenmarkt und der Auswirkungen auf den internationalen Handel" geprüft werden. Letztlich geht es dabei, um die Frage, ob und wie dem Verbraucherinteresse nach Informationen über die Herkunft von Lebensmitteln und Lebensmittelzutaten auch angesichts der Praxis von Warenströmen, Lebensmittelherstellung und der entstehenden Kosten durch verpflichtenden Herkunftsangaben nachgekommen werden kann.

Piratenpartei

Sinnvoll wäre in diesem Zusammenhang sicher, wenn sich regionale Anbieter gemeinsame Qualitätsstandards anlegen und sich auf einheitliche Herkunftssiegel einigen könnten.

Bildquellen

CDU/CSU: http://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/cdu-logo-mit-rand_0.jpg

SPD: <http://www.spd.de/spd-webapp/static/images/logo.png>

Bündnis 90/Die Grünen: http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Bilder/Redaktion/00-Archiv_Grafiken/gruene_logo_download/gruene_logo_3.jpg

Die Linke: http://www.die-linke.de/fileadmin/tpl/gfx/logo_die-linke_530x168.png

FDP: <http://www.fdp.de/files/702/FDP-Logo.jpg>

Piratenpartei: <http://www.piratenpartei.de/wp-content/themes/piratenkleider/images/logo.png>

Anmerkung: Der BRB e.V. hat bei einigen Antworten, die sich nicht auf die Frage bezogen bzw. zu lang formuliert waren, Kürzungen vorgenommen, die mit [...] gekennzeichnet sind. Die Originalantworten der Parteien können Sie in unserer Geschäftsstelle gerne anfordern.

Pressekontakt:

Bundesverband der Regionalbewegung e. V.

Geschäftsstelle

Ilonka Sindel

Museumstraße 1

91555 Feuchtwangen

Tel. 09852 - 13 81

Fax 09852 - 61 52 91

E-Mail: sindel@regionalbewegung.de

www.regionalbewegung.de

www.facebook.com/regionalbewegung